

## Gisela Erler



© Staatsministerium BW

**Gisela Erler ist Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung im Staatsministerium Baden-Württemberg. Ihre zentrale Aufgabe ist es, die Bürgerbeteiligung im Land auszubauen und die Zivilgesellschaft zu stärken.**

Gisela Erler wurde am 9. Mai 1946 als Tochter des SPD-Politikers Fritz Erler in Biberach an der Riss geboren. Ihre Kindheit und Jugend verbrachte sie in Tuttlingen und Pforzheim. Von 1965 bis 1974 studierte sie Germanistik und Soziologie in Köln und München. In dieser Zeit war sie Mitbegründerin des ersten linken Verlags in der Bundesrepublik, dem Trikont Verlag (1967), und des Verlags „Frauenoffensive“, dem ersten Verlag der neuen Frauenbewegung (1970). Nach

Abschluss ihres Studiums war sie bis 1991 als wissenschaftliche Referentin am Deutschen Jugend-Institut in München tätig. Dort begleitete sie unter anderem das Modellprojekt „Tagesmütter“. 1983 schloss sich Gisela Erler den Grünen an.

Politisch in Erscheinung trat Gisela Erler vor allem im Jahr 1986 als Hauptautorin des „Müttermanifests“ der Grünen, das heftige Diskussionen auslöste. Ein Forschungsaufenthalt Anfang der 1980er Jahre in den USA brachte sie zum Thema Work/Life Balance und führte im Jahr 1992 schließlich zur Gründung ihres Unternehmens „Familienservice“, heute größter Dienstleister für Firmen in Deutschland rund um Familie und Beruf mit rund 1.500 Beschäftigten. Sie übergab die Geschäftsführung der Firma im Jahr 2008 an ihre Nachfolgerin. 2006 erhielt sie für ihr Engagement den Elisabeth-Selbert-Preis der hessischen Landesregierung. 2012 veröffentlichte sie das Buch „Schluss mit der Umerziehung – vom artgerechten Umgang mit den Geschlechtern“, das ihre heutige Position zur Geschlechterfrage umreißt.

Im Mai 2011 wurde sie von Winfried Kretschmann zum Ehrenamt der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung berufen. Als solche war es ihre Aufgabe, die Verfahren der Bürgerbeteiligung auf Landesebene auszubauen und in das Verwaltungshandeln zu integrieren – im Sinn der Politik des Gehörtwerdens. Am 12. Mai 2016 berief der Ministerpräsident sie wieder zur Staatsrätin, um Bürgerbeteiligung weiter auszubauen und die Zivilgesellschaft, insbesondere im Bereich Flüchtlingshilfe und gesellschaftlicher Zusammenhalt, zu stärken.